

ANFRAGE Andrea Burgener Woeffray

QA 3350.10

**Handlungsbedarf ab dem 1. Januar 2011
im Bereich der verdeckten Ermittlung**

ANFRAGE Gabrielle Bourguet

QA 3352.10

**Neue Strafprozessordnung des Bundes –
Verdeckte Ermittlungen**

Anfragen

1. Anfrage Andrea Burgener Woeffray

Wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, besonders schwere Straftaten seien begangen worden oder sollen voraussichtlich begangen werden, kann heute laut Artikel 4 des Bundesgesetzes über die verdeckte Ermittlung (BVE) verdeckt ermittelt werden. Das Bundesgericht (BGE 134 IV 266) hat entschieden, dass die Teilnahme von Polizisten in einem Internet-Chat unter Verwendung eines Pseudonyms als verdeckte Ermittlung zu qualifizieren ist. Das BVE wird zum 1. Januar 2011 aufgehoben. Der Anwendungsbereich der verdeckten Ermittlung wird alsdann ausschliesslich in Artikel 286 der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) geregelt.

Neu kann nur noch eine verdeckte Ermittlung angeordnet werden, wenn der Verdacht besteht, eine im Gesetz aufgeführte Straftat "sei begangen worden". Die Möglichkeit der präventiven verdeckten Ermittlung, d.h. bei einer voraussichtlichen Straftat fällt ersatzlos weg. Damit entfällt auch die gesetzliche Grundlage zur Verhinderung von geplanten sexuellen Handlungen mit Kindern, die sich im Chatroom anbahnen. Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass es sich um ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung eben dieser Verbrechen handelt. Gerade vor dem Hintergrund der präventiven Wirkung verdeckter polizeilicher Ermittlung bedeutet diese neue Rechtsbestimmung somit ein bedenklicher Rückschritt. Sie wird die kantonalen Ermittlungsdienste und Polizeikorps vor grosse Probleme stellen.

Frage:

Wie gedenkt der Staatsrat in Anbetracht dieser neuen gesetzlichen Ausgangslage zu handeln?

15. November 2010

2. Anfrage Gabrielle Bourguet

Am 1. Januar 2011 wird die neue Strafprozessordnung in Kraft treten. In diesem Zusammenhang ist ein Problem aufgetaucht, das gegenwärtig in der Deutschschweiz zu Diskussionen Anlass gibt. Die Polizei wird demnach nicht mehr berechtigt sein, präventive Ermittlungen zum Schutz der Kinder vor Pädophilen durchzuführen namentlich im Bereich der Internet-Kriminalität.

Obschon eine Lösung dieses Problems auf Bundesebene wünschbar wäre, haben die Kantone offenbar die Möglichkeit, diese Gesetzeslücke mit einer Änderung ihres Polizeigesetzes zu schliessen.

Auf jeden Fall müssen unsere Behörden so rasch wie möglich handeln, damit der Schutz der Kinder in keiner Weise gefährdet werden kann.

Aufgrund dieser Erwägungen unterbreite ich dem Staatsrat folgende Fragen:

1. Kann der Staatsrat bestätigen, dass die neue Strafprozessordnung tatsächlich eine Lücke im Bereich der präventiven Ermittlung aufweist?
2. Beabsichtigt der Staatsrat, die kantonale Gesetzgebung anzupassen, um diese Gesetzeslücke zu schliessen?
3. Falls dies nicht zutrifft, was beabsichtigt er zu tun, damit die Polizei auch weiterhin präventive Ermittlungen durchführen kann?

16. November 2010

Antwort des Staatsrates

Die von den Grossrätinnen Andrea Burgener Woeffray und Gabrielle Bourguet eingereichten Anfragen betreffen denselben Gegenstand und werden demnach gemeinsam behandelt.

Die angesprochene Situation erweist sich in der Tat als problematisch. Mit der neuen Strafprozessordnung (StPO) wird nämlich das Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung aufgehoben werden, gemäss welchem eine verdeckte Ermittlung angeordnet werden kann, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, besonders schwere Straftaten seien begangen worden oder sollen voraussichtlich begangen werden (Art. 4 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes). Nach heutigem Recht kann somit eine verdeckte Ermittlung angeordnet werden, bevor ein Strafverfahren eröffnet wird. Die entsprechenden Bestimmungen der StPO sind dagegen restriktiver: Gemäss Artikel 286 Abs. 1 Bst. a kann die Staatsanwaltschaft eine verdeckte Ermittlung anordnen, wenn der Verdacht besteht, eine bestimmte Straftat sei begangen worden.

Die Probleme, die sich aufgrund dieser Lücke ergeben, sind bekannt und wurden bereits im Rahmen verschiedener Vorstösse auf Bundesebene aufgezeigt (z.B. Motion Schmid-Federer 08.3841 Verdeckte Ermittlungen im Vorfeld von Strafverfahren). Die Bundesbehörden sind zum Schluss gelangt, dass diese Frage nicht dem Prozessrecht zuzuordnen sei, sondern vielmehr in der Polizeigesetzgebung geregelt werden müsse.

Das Problem wurde anlässlich der letzten Versammlung der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren thematisiert. Die Konferenz hat die Tragweite erkannt und deshalb ihren Vorstand beauftragt, sich dieses Problems rasch anzunehmen. Der Vorstand wird sich an seiner nächsten Sitzung im Januar 2011 damit befassen.

Unter diesen Umständen wäre es nach Ansicht des Staatsrats weder nützlich noch angezeigt, die Freiburger Gesetzgebung abzuändern, noch bevor die Vorschläge auf der interkantonalen Ebene vorliegen.

Der Staatsrat hält zudem fest, dass die Polizei auch nach Inkrafttreten des neuen Rechts nicht mittellos sein wird. Wie bereits erwähnt, werden verdeckte Ermittlungen unter der neuen StPO auch weiterhin durchgeführt werden können, wenn ein Verdacht besteht, gewisse Straftaten seien begangen worden. Dies bedeutet nicht, dass die Straftat vollendet sein muss. Der Versuch, eine solche Straftat zu begehen, ist nämlich wird laut Strafgesetzbuch bereits strafbar, und bei besonders schweren Straftaten können gemäss Artikel 260^{bis} sogar Vorbereitungshandlungen bestraft werden.

Freiburg, den 30. November 2010